

2011-08-16

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 06.07.2011

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:25 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 38**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion NEUES FORUM	Hofmeister, Dirk
Fraktion der CDU	Gebhardt, Roland Glathe, Otto
Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau	Krüger, Otto-Harald
Fraktion der SPD	Eichelberg, Ingolf Gebhardt, Udo
Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN	Busch, Thomas Grabner, Isolde
Fraktion Pro Dessau-Roßlau	Böhler, Axel
Mitglied Freie Wähler	Göricke, Hagen
Mitglied DVU	Knop, Ingmar
Mitglied CDU	Lohde, Jacqueline

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte die form- und fristgemäße Ladung der Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit (derzeit 35 Stimmberechtigte) des Gremiums fest.

2. Verpflichtungserklärung der Stadträtin Dr. Gabriele Tietz entsprechend § 51 Abs. 2 der Gemeindeordnung

Frau Dr. Tietz, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen gab entsprechend § 51 Abs. 2 der Gemeindeordnung die Verpflichtungserklärung ab.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass den Fraktionsvorsitz der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen Herr Dr. Weber übernommen hat. Herr Giese-Rehm fungiert als Stellvertreter.

3. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass seitens der Verwaltung der TOP 8.7, Satzung des Wirtschaftsbeirates, zurückgezogen werde, ebenso der TOP 8.6, Vermarktung des Objektes Waldbad, allerdings unter der Maßgabe, dass die Mittel für die Erstellung des Verkehrswertgutachtens bereits verausgabt werden können. So wurde es im Haupt- und Personalausschuss sowie im Finanzausschuss festgelegt.

Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke, zog den TOP 8.13, Bürgerhaushalt der Stadt Dessau-Roßlau, zurück, da nach entsprechender Korrektur der Fachausschüsse die Vorlage nichts mehr mit dem eigentlichen Antrag zu tun habe. Es fehlen maßgebliche Instrumentarien einer wirklichen Bürgerbeteiligung. In erster Linie sehe man darin Orts- und Stadtteilkonferenzen etc. als wirkliche Beteiligung in einer solchen Diskussion. Auf der anderen Seite sei angedacht, dass es eine Befragung ausschließlich über das Internet geben soll, wo ebenfalls Bedenken gesehen werden, weil es große Teile der Bevölkerung gibt, dem sich das Internet noch nicht erschließt. Der wichtigste Grund sei jedoch, dass man nicht wolle, dass der Kulturbereich zu einem Experimentierfeld auf diesem Gebiet wird.

Herr Trocha, CDU-Fraktion, stellte fest, dass im nichtöffentlichen Teil der TOP 10.2 keine Informationsvorlage, sondern eine Beschlussvorlage ist. Folglich müsse die Vorlage unter Punkt 9 eingeordnet werden. **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, bestätigte, dass die Beschlussvorlage unter Punkt 9.3 einzuordnen ist.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bezog sich auf den zurückgezogenen Antrag der Fraktion Die Linke und legte dar, dass dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zugestimmt wurde, weshalb er nicht bereit sei, das heute nicht zu behandeln. Man habe im Finanzausschuss lange über dieses Thema diskutiert und sich darauf geeinigt, weshalb er das auf der Tagesordnung belassen wolle.

Man könne dem Einreicher der Vorlage nicht verwehren, die Vorlage zurückziehen, erwiderte **Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen**. Man werde sich aber an die Beschlusslage des Finanzausschusses halten.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, ergänzte, dass der Einreicher jederzeit mit seiner Vorlage verfahren kann, wie er das für richtig hält.

Bezüglich der Frage von Herrn Schönemann, wie mit der Beschlussvorlage zur Verleihung der Fritz-Hesse-Medaille verfahren werden soll, verwies **Herr Dr. Exner** auf die noch folgende Berichterstattung des Oberbürgermeisters. Vorab gab es eine Abstimmung des Oberbürgermeisters mit dem Präsidium.

Die **Tagesordnung** wurde in **geänderter Form bestätigt** (8.6, 8.7, 8.13 wurden von der Tagesordnung genommen, der TOP 10.2 wird 9.3).

Abstimmungsergebnis: 35:00:01

4. Genehmigung der Niederschrift vom 25.05.2011

Die Niederschrift wurde mehrheitlich genehmigt (34:00:02).

5. Berichte des Oberbürgermeisters

5.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Koschig gab Informationen aus dem Zeitraum vom 25. Mai bis 6. Juli 2011.

Zunächst wurde auf das am vergangenen Wochenende stattgefundene Leopoldsfest verwiesen. Dem Veranstalter und allen, die an der Vorbereitung und Durchführung mitgewirkt haben, sprach Herr Koschig den Dank aus. Der Verein sollte weiterhin unterstützt werden. Der Verein werde sich im nächsten Jahr zugunsten des Sachsen-Anhalt-Tages einbringen, aber das offizielle Leopoldsfest finde erst im Jahr 2013 statt.

Schule

Anlässlich der Feierlichkeiten zum 300-jährigen Bestehen des Ortsteils Kleinkühnau erfolgte am 10. Juni 2011 unter Teilnahme des Enkels von Hugo Junkers, Herrn Bernd Junkers, die feierliche Namensverleihung der Grundschule „Kühnau“ in Grundschule „Hugo Junkers“.

Sport

Den Medien konnte man die Diskussion um die Durchführung des Fußballpokalspiels des DFB Hallescher FC gegen Eintracht Frankfurt am 30. Juli 2011 entnehmen. Herr Koschig verlas sein Schreiben an den Präsidenten des Halleschen Fußballclubs „Sehr geehrter Herr Präsident, nach eingehender Prüfung in meinem Haus habe ich mich entschieden, das Paul-Greifzu-Stadion nicht für das DFB Pokalspiel am 30. Juli zur Verfügung zu stellen. Für das Spiel liegt eine besondere Risikoeinstufung mit außergewöhnlich zu erwartender Gewaltbereitschaft vor. Zusätzlich zu dieser Einschätzung ist zu berücksichtigen, dass am gleichen Tag in der Innenstadt eine Großveranstaltung stattfindet. Ich bedaure, Ihnen keinen günstigeren Bescheid erteilen zu können.“

Man habe sich sehr intensiv mit der Materie beschäftigt, berichtete Herr Oberbürgermeister Koschig. Es liegen Erkenntnisse vor, dass etwa 500 bis 600 Hooligans aus Frankfurt am Main das Fußballspiel in unserer Stadt besuchen wollen. In den letzten Bundesligaspielen warben die Fans damit, Deutscher Randalemeister zu sein. Sie haben jüngst mit 80 Hooligans ein Freundschaftsspiel in Bern besucht und dort das halbe Stadion zerlegt. Insgesamt könne mit bis zu 3.000 Fans aus Frankfurt am Main gerechnet werden. Inzwischen haben die Fans aller großen ostdeutschen Klubs aufgerufen, dem HFC zur Hilfe zu eilen, so dass mit 500 bis 600 ostdeutschen Hooligans gerechnet werden müsse. Für die Sicherheit im Stadion ist die Stadt bzw. der Mieter zuständig. Unsere Security habe mit der gleichen Begründung, einer risikoreichen Einstufung und außergewöhnlich zu erwartender Gewaltbereitschaft, schriftlich abgesagt, weil sich das Unternehmen nicht in der Lage sieht, für die Sicherheit im Stadion zu sorgen.

Es gab Abstimmungen mit der Polizei, dem Ordnungsamt und dem Innenministerium. Die Polizeidirektion habe zwar die Sicherung der Veranstaltung zugesagt, aber wir mussten in unsere Erwägungen einbeziehen, dass auf dem Marktplatz zur selben Zeit die MDR-Sommertour mit der Stadtwette stattfindet, die eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürger anziehen wird. Der Mitteldeutsche Rundfunk teile die Bedenken der Stadtverwaltung. Auch finde in Zerbst das Heimatfest statt, wo sich für den Samstag 3.000 Bandidos zu einem Treffen angesagt haben, deren Verhalten ebenfalls nicht vorhergesagt werden könne. Deshalb sei man zu dieser Gefährdungseinschätzung gekommen, das Stadion nicht zur Verfügung stellen zu können.

Mit einem anderen Gegner wurde ein hervorragendes und friedliches Landespokalfinale mit dem HFC durchgeführt. Man stehe jederzeit auch wieder für solche Spiele zur Verfügung. Unser Stadion erfülle die Sicherheitskriterien des DFB, aber aufgrund der daraus entstehenden Gefährdungssituation bitte er um Verständnis, dass man zu diesem Schritt gekommen ist.

Am 22. Juni 2011 fand in der Anhalt Arena zum zweiten Mal im Rahmen der Welttournee 2010/2011 mit der National Danish Performance eine großartige internationale Sportshow statt, die über 90 Minuten das Publikum begeisterte.

Soziales

Zur Fortschreibung der Jugendhilfeplanung, hier wurde der Teilplan Jugendarbeit beschlossen, hat sich die Arbeitsgruppe gemäß § 78 SGB VIII am 2. Dezember konstituiert und bisher 9 Beratungen durchgeführt. Für die Bearbeitung des Teilplanes wurden 8 Betrachtungsräume für unsere Stadt gebildet. Bisher konnte der Zeitplan eingehalten werden. Mittlerweile deutete sich aber an, dass der Prozess der Analyse der einzelnen Stadtbezirke mehr Zeit beansprucht, als ursprünglich vorgesehen. Ebenso verhalte es sich bei der Beteiligung der Kinder und Jugendlichen. Bei der großen Streuung der Fragebögen werde auch mit einem entsprechenden Rücklauf gerechnet. Erst wenn die Ergebnisse vorliegen, könne die Arbeitsgruppe den eigentlichen Bedarf einschätzen und die gewünschten Handlungsempfehlungen aufzeigen.

Entgegen dem Teilplan Kindertagesbetreuung, wo der Entwurf allen Beteiligten zur Diskussion vorgelegt und dann verabschiedet wird, werde im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit der Entwurf mit allen Beteiligten erarbeitet.

Es müsse damit gerechnet werden, dass im Oktober 2011 eventuell erste allgemeine Empfehlungen vorliegen, die Fertigstellung des Entwurfes des Teilplanes werde sich aber verzögern.

Kultur

Vom 23. bis 24. Juni 2011 fand in unserer Stadt der Kongress „Kinder zum Olymp“ statt. Wie selbstverständlich ist kulturelle Bildung in der Schule? Wie kommen Kunst und Kultur in die Schule? Was brauchen Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrer, damit sie kulturelle Bildung im Schulalltag realisieren und ihre Schüler dafür begeistern können? Welche politischen Rahmenbedingungen müssen in diesem Zusammenhang geschaffen werden? Die von der Kulturstiftung der Länder organisierte Tagung fand auf Einladung des Kultusministeriums statt. Rund 500 Teilnehmer erlebten zwei spannende und interessante Tage an berühmten Kulturorten, wie dem Anhaltischen Theater, dem Bauhaus Dessau, den Museen und dem Gartenreich Dessau-Wörlitz. Parallel dazu hatte der Bundesverband der Museumspädagogik als Partner des Kongresses seine Jubiläumsveranstaltung zum 20-jährigen Bestehen in unserem Museum für Stadtgeschichte durchgeführt.

Mit 150.000 Besuchern fand in diesem Jahr der Sachsen-Anhalt-Tag in Gardelegen statt. Die Stadt Dessau-Roßlau präsentierte sich als Ausrichterstadt des 16. Sachsen-Anhalt-Tages 2012 hier im Regionaldorf Anhalt-Dessau-Wittenberg auf verschiedenen Bühnen und beim großen Festumzug. Insgesamt waren über 200 Mitwirkende aus unserer Stadt an diesem Wochenende in Gardelegen dabei. Im Rahmen der Abschlussveranstaltung in Gardelegen übernahm Herr Koschig aus den Händen des Ministerpräsidenten, Herrn Rainer Haseloff, als Ausrichterstadt des künftigen Sachsen-Anhalt-Tages die Fahne des Landesfestes.

Unter der Federführung des Kulturamtes wird seit geraumer Zeit an der Vorbereitung des Sachsen-Anhalt-Tages 2012 gearbeitet. Dieser findet unter einer deutlichen Einlassung auf das Jubiläum ANHALT|800 statt. Das Organisationsbüro wird in der Willy-Lohmann-Str. 6a eingerichtet werden (eh. Datel) und soll ab 01.08.2011 mit Mitarbeitern des Kulturamtes und 10 AGH Kräften die Arbeit aufnehmen. Zusätzlich wird ab 15.08.2011 ein externer Projektsteuerer gebunden, der bereits bei den letzten 7 Sachsen-Anhalt-Tagen tätig war, um die Vorbereitung und Durchführung des Sachsen-Anhalt-Tages in Dessau-Roßlau zu koordinieren und regionale sowie überregionale Sponsoren zu akquirieren. Der Sachsen-Anhalt-Tag wird vom 6. bis 8. Juli 2012 in unserer Stadt stattfinden.

Auch in diesem Jahr findet in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kultur und dem Jugendamt unter dem Thema „Kinderträume“ der Kinderfreizeitsommer statt. Die öffentlichen Einrichtungen der Stadt, die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Vereine und Institutionen gestalten während der Ferien ein zusammengefasstes Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche. Das war möglich geworden durch die Unterstützung der Sponsoren IDT Biologika, Stadtparkasse Dessau und DVV Stadtwerke.

Insgesamt werden vom 11.07. bis 24.08.2011 für die Kinder im Rahmen von 22 Projekten 80 Einzelveranstaltungen durchgeführt. Das heißt, es können an jedem Ferientag Angebote vorgelegt werden.

Weitere Veranstaltungen

Ende Mai 2011 tagte in unserer Stadt der 15. Bundesweite Kongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Ca. 200 Teilnehmer beschäftigten sich in verschiedenen Workshops und Diskussionsrunden mit dem Thema Mauer aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums des Baus der Mauer am 13. August 1961.

Vom 10. bis 13. Juni 2011 besuchte Herr Koschig die Partnerstadt Argenteuil aufgrund einer offiziellen Einladung des Bürgermeisters zum Stadtfest. In den Beratungen wurden verschiedene gemeinsame Projekte vereinbart, u. a. eine Ausstellung des Bauhauses in Argenteuil, die Unterstützung unserer Partnerstadt bei der Werbung für das nächste Kurt-Weill-Fest, welches unter dem Thema Paris steht, sowie die Zusammenarbeit mit unserem Stadtarchiv und der Wissenschaftlichen Bibliothek. Ziel ist eine gemeinsame Ausstellung über die französische Aufklärung, quasi infolge unserer kürzlich stattgefundenen Ausstellung im Stadtarchiv über die britische Architektur.

Am 17. Juni wurde die neue Saison der Dessau-Wörlitzer Eisenbahn eingeweiht. Unser DVB hat jetzt die Betreuung übernommen und präsentiert unsere beiden Schienenfahrzeuge in einem neuen sehr ansprechenden Aussehen.

Am 18. und 19. Juni 2011 wurde in Dessau-Roßlau der Lange Tag der StadtNatur begangen. Organisiert vom Umweltamt der Stadt boten insgesamt 32 Veranstalter ein buntes Programm an, um in der Stadt und deren Umgebung die Natur zu erleben. Mehr als 1.000 Besucher nutzten dieses Angebot.

Unseren Verwaltungsdirektor des Anhaltischen Theaters, Herrn Joachim Landgraf, haben wir vor der Premiere von *Così fan tutte* in den Ruhestand verabschiedet. Seine Dienstzeit endet am 31. Juli 2011. Er wurde mit der Fritz-Hesse-Medaille ausgezeichnet.

Gestern fand auch die Verabschiedung des Vorstandsvorsitzenden der Stadtparkasse, Hubert Ernst, statt. Es war eine dem Anlass angemessene und würdige Veranstaltung. In diesem Zusammenhang habe Herr Koschig einen Eilbeschluss gefasst, da der politische Durchlauf nicht mehr möglich war, auch ihm für seine Verdienste bei der Förderung des Sparkassenwesens, aber auch für sein umfangreiches und sehr engagiertes ehrenamtliches Engagement die Fritz-Hesse-Medaille zu verleihen. Hierzu hatte sich Herr Koschig mit den einzelnen Fraktionen vorab telefonisch in Verbindung gesetzt. Die heute ausgereichte Vorlage sei nicht korrekt, denn es müsse im Titel Eilbeschluss heißen. Man werde das Deckblatt neu ausfertigen. Insofern müsse er heute über den gefassten **Beschluss informieren (DR/BV/242/2011/I-OB)**.

Der Rossmarkt in Roßlau, der im Juni traditionell durchgeführt wurde, fand eine gute Resonanz. Auch hier dankte er den Veranstaltern, Vereinen und Verbänden, die sich zur Belebung der Innenstadt des Stadtteils Roßlau eingebracht haben.

Auf Initiative unserer Kinderklinik im Städtischen Klinikum wurde das traditionelle Kinderfest im Tierpark am 25.6.2011 durchgeführt. Über 2.500 Besucher waren gekommen, davon 1.276 Kinder. Dank gilt Herrn Dr. Mathony vom Städtischen Klinikum und der „Mannschaft“ des Tierparks für dieses tolle Fest.

Der Stand der Baumaßnahmen und die Hochwasserinformation wurden schriftlich an die Fraktionen ausgereicht, ebenso liege der Bericht zur Mückenbekämpfung vor. Zur Hochwasserinformation ergänzte Herr Koschig, dass am 11. Juli 2011 die Baumaßnahmen für den Hochwasserschutz in der Südstraße beginnen.

Unser Stadtpark erhielt großes Lob und eine Urkunde von ExWoSt mit folgendem Inhalt: „Im Rahmen des Forschungsfeldes Innovationen für Familien und altengerechte Stadtquartiere hat das Modellvorhaben Interkultureller Generationenpark Dessau mit großem Erfolg teilgenommen, innovatives Engagement entfaltet, beachtliche Fortschritte erzielt und wertvolle Hinweise für die Qualitäten nachbarschaftlicher Stadtquartiere entwickelt. Für die nachhaltigste Verstetigung eines Generationen übergreifenden Projektes gratuliert das IFAS-Team des Bundesinstitutes für Bau, Stadt und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.“

Unser Stadtparksommer ist in diesem Jahr wieder gut angelaufen. In Vorbereitung ist die Einführung der Dessauer Parkbibliothek. Hier haben die Besucher des Stadtparks die Möglichkeit, über eine mobile Bücherausleihe Bücher auszuleihen. Das ist eine Privatinitiative, die von unserer Landesbücherei unterstützt wird.

5.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der letzten Sitzung wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

6. Einwohnerfragestunde

Herr Hoffmann, Schochplan 15, verwies auf durchrasende Autos in der Fußgängerzone der Zerbster Straße. Hier habe er noch keine Ordnungskräfte einschreiten sehen. Er stellte die Frage, ob die Stadt daran interessiert ist, diese Zustände zu ändern und wie man hier wirksam werden könne.

Was die Stadt machen kann, könne er nicht beantworten, erklärte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Auf jeden Fall handelt die Polizei, sobald sie dort etwas feststellt. Das sei ihm aus eigener Erfahrung mit seinem Cheffahrer bekannt, der von der Polizei dort angehalten wurde. Insofern gehe er davon aus, dass das auch mit jedem anderen Bürger der Stadt passiert. Es gebe aber Fahrzeuge, die eine Sondergenehmigung haben.

Herr Hoffmann erwiderte, er meine nicht die städtischen Fahrzeuge. Wenn man sich eine Stunde dort hinstelle, sehe man immer wieder Fahrzeuge, die sogar mit mehr als 50 km/h durchrasen.

Herr Ginskey, Alte Leipziger Straße 13, bezog sich auf die Immobilie Spars Gaststätte in Dessau-Törten. Der Anblick des Gebäudes sei unschön, der Putz fehlt und die Jalousien hängen schief. Man habe in der Mitte einen Gedenkstein für die Gefallenen, weshalb das Umfeld anständig aussehen müsse. Auch das Gebäude „Boomsäge“ sehe unschön aus und verliere immer mehr Putz. Weiterhin komme man mit dem ehemaligen „Gebhardtblock“ in der Heidestraße 236-240 nicht weiter. Der Besitzer der Immobilie

wollte schon im Frühjahr mit der Sanierung beginnen, es sei aber noch nichts passiert. Abschließend verwies er darauf, dass die Farbe des Holzzaunes am Friedhof III abgeht.

Er wisse, dass sich die Kollegen mit den angesprochenen Themen beschäftigen, erklärte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Auch seien diese Dinge Gegenstand der Ortsbeiratssitzungen. Herr Ginskey werde eine schriftliche Beantwortung erhalten.

Es handele sich um ein generelles Problem, was in Zukunft noch stärker werden wird, bemerkte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Wenn man mehr Leerstand habe und viele Gebäude sich in Privateigentum befinden, habe die Stadt nicht den Durchgriff auf den Eigentümer, außer das Gebäude stelle eine Gefahr dar. Im Städte- und Gemeindebund und in anderen Institutionen sei schon Gesprächsthema, was man mit diesen Immobilien, gerade an den Stadteingangsstraßen, macht, denn es sehe in der Tat nicht gut aus. Das von Herrn Ginskey Angesprochene werde geprüft und eine schriftliche Beantwortung erteilt.

Herr Uwe Weber, Böhmische Straße 33, legte dar, nachdem letzte Woche die Stadtteilbibliotheken einer neuen Nutzung in Form von Schülerbibliotheken zugeführt wurden und damit eine Nutzung für die allgemeine Bevölkerung nicht mehr zur Verfügung steht, stelle er die Frage, welche Kultureinrichtungen in diesem und im nächsten Jahr noch von solchen Maßnahmen betroffen sein werden, die im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes beschlossen wurden. Weiterhin fragte er, welche Kriterien im Konsolidierungskonzept bei den einzelnen Maßnahmen herangezogen wurden, ob nur nach Kassenlage entschieden wurde, oder ob es auch andere Kriterien gab, wie Nutzerzahlen, Kosten/Nutzeranalyse, Angebot und Nutzerverhalten etc.

Herr Vorjans, Leiter des Kulturamtes, erhielt das Rederecht und teilte mit, dass nach seinem Kenntnisstand nicht mit weiteren Schließungen von Einrichtungen in nächster Zeit auszugehen sei. Zu den Kriterien, die dazu geführt haben, dass die Stadtteilbibliotheken geschlossen wurden, sei er momentan nicht aussagefähig, weil er an diesen Beratungen nicht teilgenommen habe.

Das Bibliothekskonzept sei auf der Grundlage von ordentlichen Analysen, auch im Vergleich zu gleichgroßen Städten angefertigt worden, ergänzte **Herr Oberbürgermeister Koschig**.

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Stadt Dessau-Roßlau - Verwaltungshaushalt Jahresrechnung 2010 Feststellung des Ergebnisses Vorlage: DR/BV/209/2011/II-20

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.2 Kurzanalyse der Ursachen für die Ergebnisse der Jahresrechnung 2010 im Haushaltsvergleich Vorlage: DR/IV/038/2011/II-20

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.3 Einführung eines Behälteridentifikationssystems in der Abfallsammlung; Vorlage: DR/BV/198/2011/II-EB

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bat um Erläuterung, warum 240 T€ für eine systematische Erfassung der Füllmengen ausgegeben werden, obwohl das mit den Banderolen bisher gut geklappt hat. Er fragte, ob es Einsparungen bei der Sammlung oder Abrechnung gibt.

Frau Moritz, Leiterin des Eigenbetriebes Stadtpflege, erhielt das Rederecht und legte dar, man stelle sich mit der Einführung des Behälteridentifikationssystems schon vor, dass entsprechende Kosteneinsparungen entstehen. Man müsse die Rückläufigkeit der Bevölkerungszahl im Blick haben. Es sind große Tourengebiete abzufahren und man müsse genau wissen, welche Abfallmengen wo bereit gestellt werden. Man erhoffe sich auch Schlüsse, wie man zukünftig effektiver in der Abfuhr arbeiten könne. Bspw. sei es vorstellbar, in Zukunft bestimmte Stadtteile nur noch im 4-wöchentlichen Rhythmus anzufahren. Für diese Zwecke brauche man entsprechend gesicherte Daten. Das System mit den Müllbänderolen sei sehr aufwändig. Man habe in der Beschlussvorlage auch eine Abwägung vorgenommen, was spricht dafür und wo kann Verwaltungsaufwand gespart werden. Z. B. sei im Steueramt in händischer Weise zu sortieren, welche Bänderolen zu den einzelnen Gebührenbescheiden sortiert werden müssen, was ein großer Aufwand sei. Diese Bänderolen kommen in der Mehrzahl gerade von den großen Mietern wieder in den Betrieb zurück, verursachen einen erneuten großen Aufwand, weil Entsorgungsverträge mit den Wohnungsgesellschaften geschlossen werden, wo genau diese Bänderolen wieder gegen Verträge gerechnet werden. Man habe ca. 4.000 Entsorgungsverträge zu behandeln. Hier stelle man sich auch Personaleinsparungen bei der Abrechnung in der Verwaltung und auch im Eigenbetrieb vor. Es sei eine Investition in die Zukunft, weshalb man sich nicht dagegen sperren sollte. Man werde Informationsveranstaltungen für interessierte Bürger anbieten. Im Herbst startet ein Pilotprojekt mit einem Fahrzeug, um zu sehen, wie es tatsächlich funktioniert.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies darauf, dass es in der Vorlage auch darum geht, die illegale Müllentsorgung weitgehend zu unterbinden. Es stelle sich die Frage, wie man das illegale Entsorgen ohne Tonne weiter einschränken kann. Dieses Problem sehe er immer wieder an verschiedenen Stellen, dass ganze Tüten abgelegt werden, z. B. am Parkplatz Diepold. Durch eine Kontrollverschärfung werde es auch eine Verschärfung dieses Problems geben. Man müsste zukünftig Augenmerk darauf legen, wie wir da näher herankommen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.4 Beibehaltung der Radwegführung und Radwegbenutzungspflicht auf den baulich beidseitig vorhandenen Radwegen der Albrechtstraße Vorlage: DR/IV/034/2011/VI-66

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies auf die kontroverse Diskussion in den Ausschüssen. Er halte die Vorlage, was das Anliegen des ursprünglichen Stadtratsbeschlusses betrifft, für nicht ausreichend, auch wenn andere Kollegen anderer Meinung sind. Er stellte die Frage, wie mit dem nicht umgesetzten Stadtratsbeschluss in der Sache umgegangen wird. Das Anliegen des Stadtratsbeschlusses wäre

in Teilen umsetzbar gewesen, ohne in die Sicherheitsüberlegung des Ordnungsamtes einzugreifen. Das ist in keiner Art und Weise erfolgt, was unbefriedigend sei. So sollte man mit Stadtratsbeschlüssen nicht umgehen.

Diesem Beschluss hätte er widersprechen müssen, da er nicht in den Zuständigkeitsbereich des Stadtrates fällt, erklärte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Im Sinne der Zusammenarbeit sei es aber auch wichtig, Impulse aus dem Stadtrat für die Erledigung hoheitlicher Aufgaben mit in die Abwägungsprozesse zu nehmen. Wir haben diesen Stadtratsbeschluss zur Kenntnis genommen und in unsere Erwägung mit einbezogen. Dass das Ergebnis jetzt unbefriedigend im Sinne des Einreichers und derjenigen ist, die sich diesem Beschluss angeschlossen haben, müsse er hinnehmen, weil das Abwägungsergebnis ein anderes ist. Man versuche mit der Vorlage zu erläutern, warum man zu diesem Ergebnis gekommen ist.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, legte dar, er sehe das Problem im ortsrechtlichen Sinn als legitim und korrekt an. Die Entscheidung sei verwaltungsrechtlich gefasst worden, wozu die Verwaltung da ist und bezahlt wird. Allerdings habe die Vorlage eine neue Diskussion über die mögliche Qualität des Radwegenetzes in der Stadt und die Beziehung der Stadt zum Radtourismus generell erzeugt. Im Bauausschuss wurden entsprechende Aufträge von einer Bürgerinitiative übergeben, welche man entsprechend den Möglichkeiten gemeinsam mit der Verwaltung abarbeiten werde. Dann werde die angestrebte Intention irgendwann aufgehen.

Wie er auch schon im Bauausschuss sagte, könne er nicht verstehen, warum das z. B. zwischen Museum und Post auf der östlichen Seite der Straße möglich ist, äußerte **Herr Trocha, CDU-Fraktion**. Dort habe man das gleiche Verkehrsaufkommen, den gleichen Straßenzustand und fahre mit dem Fahrrad auf der Straße, warum geht das in dem neuen Bereich nicht. Er fragte, ob sich jemand aus der Verwaltung nach der Eröffnung der sanierten Straße angesehen hat, wie die Parkplätze genutzt werden, nämlich fast gar nicht. Auf diese Seite könnte man den Radweg legen.

Herr Oberbürgermeister Koschig brachte zum Ausdruck, dass man den Begleitweg hätte etablieren können, aber im Rahmen des Verfahrens habe sich das Tiefbauamt dazu bekannt, zu einer Besserung zu kommen. Stadteinfahrtseitig sei es mit den wenigen vorhandenen Möglichkeiten gelungen, den Radweg in eine Form zu bringen, die sich sehen lassen kann. Wenn es auch nicht die 1A Qualität ist, wie die Radfahrerstadt Dessau, die einmal nach Amsterdam die größte Europas war, sie haben müsste, es sei ein Radweg vorhanden. Sich jetzt gegen diesen vorhandenen Radweg zu entscheiden, um ihn auf die Straße zu verlegen, war das eigentliche Thema der Abwägung. In der Kavallerstraße hatte man eine andere Ausgangssituation, weil es keinen Radweg gab. Deshalb könne man diesen Abschnitt nicht mit der Albrechtstraße vergleichen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.5 Großflächige bituminöse Fahrbahndeckensanierungen in der Stadt Dessau-Roßlau im Rahmen des Erlasses zum "Schlaglochprogramm" des MLV vom 03.03.2011; Vorlage: DR/BV/160/2011/VI-66

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7.6 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Auf die Frage von **Herrn Puttkammer, CDU-Fraktion**, zur Fertigstellung des Bootsanlegers, legte **Herr Beigeordneter Hantusch** dar, man sei in einem ganz normalen Verfahren, der Anleger werde voraussichtlich Mitte August fertig gestellt.

Herr Trocha, CDU-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass sich viele Bürger unserer Stadt mit den Festen identifizieren. Bezüglich des am vergangenen Wochenende stattgefundenen Leopoldsfestes bat er Herrn Dr. Raschpichler sowie Herrn Hantusch auf seine Frage, ob sie an diesem Fest teilgenommen haben, nur mit Ja oder Nein zu antworten. Beide Beigeordneten beantworteten die Frage mit Nein. Herr Hantusch erklärte, eigentlich solche Fragen nicht zuzulassen, denn aus der Zeit sei man heraus.

Frau Müller, CDU-Fraktion, verwies auf die in der letzten Stadtratssitzung an den Bauausschuss verwiesene Beschlussvorlage zum Bau eines Altenpflegeheimes in Roßlau. Mit dem Bauausschuss und dem Ortschaftsrat Roßlau sollte ein Vororttermin stattfinden, um sich das Areal dort anzusehen. Dieser Vororttermin habe mit dem Bauausschuss, dem Ortschaftsrat, dem Investor und den Anliegern stattgefunden. Es wurde viel diskutiert, Dinge ausgeräumt und der Investor habe sich bereiterklärt, noch mit einigen Anliegern zu sprechen. Es wurde festgelegt, dem Investor über die Sommerpause Zeit zu lassen, bis Anfang September einen neuen Antrag vorzulegen. Der Zeitung konnte Frau Müller nun entnehmen, dass im Bauausschuss erneut über dieses Thema diskutiert wurde, obwohl es nicht auf der Tagesordnung stand. Daraus resultierend, erging an den Wirtschaftsdezernenten ein Auftrag, dem Investor andere Grundstücke anzubieten.

So könne man nicht mit Investoren und dem Ortschaftsrat umgehen, dass besprochene Dinge und festgelegte Termine ausgehebelt und hintenherum solche Absprachen getroffen werden, betonte Frau Müller. Sie stellte an Herrn Schönemann als Vorsitzenden des Bauausschusses die Frage, was ihn dazu bewogen hat, das im Ausschuss zum Thema zu machen, ohne Informationen an den Ortschaftsrat zu geben. Wenn es auf der Tagesordnung gestanden hätte, wären einige Ortschaftsräte und auch sie in der Ausschusssitzung anwesend gewesen. So könne man nicht miteinander umgehen.

Es sei eine Interpretationsvariante, die ihr zusteht, welche er aber zurückweisen müsse, erwiderte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Es sei keine übliche Vorgehensweise, insofern handle es sich um eine Unterstellung. Im Bauausschuss habe folgendes stattgefunden: Nach Abwägung der ersten Ergebnisse steht eine solche Möglichkeit an, um den Investor nicht zu verprellen und dem Ortschaftsrat auch im Rahmen der weiteren Entwicklung die Möglichkeit einzuräumen, diesen Prozess konstruktiv zu begleiten. Insofern sei es nur für den Fall, dass es zu einem erheblichen Konflikt in der Situation kommt, zu einer Alternative gekommen. Also brauche man parallel, um zeitgleich und schnell entscheiden zu können, mögliche Alternativen. Hierzu ist es zu keinerlei Entscheidungen gekommen. Dieses Thema werde ordnungsgemäß auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt, allerdings vorher mit dem Ortschaftsrat beraten.

Als Mitglied des Ortschaftsrates legte **Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM**, dar, zu diesem Vororttermin sei man eingeladen worden, um die Situation als Stadtrat und Ortschaftsrat zu beraten. Weder die Stadträte, noch die Ortschaftsräte sind zu einer wirklichen Beratung gekommen. Man konnte über den Wall der Zuschauer wenig von

dem Vorgetragenen mitbekommen. Man könne keine Ortschaftsratssitzung und eine Sitzung des Bauausschusses vereinbaren und gleichzeitig noch die betroffenen Bürger einladen. Das gehe grundsätzlich nicht. Zur Beratung sei man nicht gekommen, welche auf jeden Fall noch geführt werden sollte.

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, verwies auf zwei Ausstellungseröffnungen des Museums für Stadtgeschichte im Johannbau, welche mit viel Engagement umgesetzt worden sind. Parallel dazu lief im Museum für Stadtgeschichte eine Arbeit, wo man sich um ein Depot kümmern musste, welches nach dem letzten Starkregen unter Wasser stand. Durch das Engagement der Mitarbeiter des Kulturamtes und vieler ehrenamtlicher Bürger konnte verhindert werden, dass größere Schäden am dort gelagerten Kunst- und Kulturgut eingetreten sind. Anerkennung und Dank sprach er denjenigen aus, die mitgewirkt haben, um den Schaden in Grenzen zu halten. Er stellte die Frage, was unternommen wird, damit das nicht wieder eintritt, denn dort seien für die Stadt wichtige Gegenstände gelagert. Es wäre fatal, wenn durch solche Einflüsse dort Schaden angerichtet wird.

Gegen dieses Starkregenereignis waren alle machtlos, erklärte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Es gab 53 Feuerwehreinätze. Als Krönung brannte, nachdem die Keller wieder trocken waren, ein Supermarkt. Bis in die frühen Morgenstunden waren die Feuerwehren im Einsatz. Hätten wir nicht die Generalprobe für Metamorphosen im Alten Theater gehabt, wäre möglicherweise noch mehr passiert, weil dort Wasser aus dem Kanal in das Alte Theater eindrang. Kurz vor der Hauptsicherung konnte dank des Einsatzes des gesamten Schauspielensembles das Alte Theater geräumt werden. Es sei das erste Mal, dass dort Oberflächenwasser in den Keller eingedrungen ist. Der Raum werde jetzt trockengelegt und weiter als Depot genutzt.

Dass uns Starkregenfälle in der nächsten Zeit weiter ereilen werden, gebe eine Prognose der Klimaentwicklung vor, bemerkte **Herr Hartmann**. Wenn man lediglich bei Starkregenfällen die Probleme habe, müsse man erkennen, dass das Gebäude und die Lagerung an dieser Stelle nicht geeignet sind. Das müsse mit in die Planung aufgenommen werden. Über diesen Zustand müsse nachgedacht und eine Entwicklung vollzogen werden, wo sich das Depot neu etablieren kann.

Man denke schon seit längerer Zeit über eine Verbesserung der Depotmöglichkeiten nach, erwiderte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Er müsse aber auf den Vermögenshaushalt verweisen.

Herr Ehm, CDU-Fraktion, dankte Herrn Oberbürgermeister Koschig für die Ausreichung der Information zum Stand der Arbeiten zur Steckmückenbekämpfung. Darin einschließen wolle er auch die Information im Amtsblatt und auf der Homepage der Stadt. Er dankte weiterhin Frau Nußbeck und dem Amt für Katastrophenschutz, dass sie den schlecht handhabbaren Sprachserver für die Alarmierung der Hochwasserstufen und andere Dinge auf SMS-Alarmierung umgestellt haben. Abschließend lud er alle Anwesenden vom 19. bis 21. August 2011 zum 9. Walderseefest ein.

8. Beschlussfassungen

8.1 Maßnahmebeschluss Sanierung des UNESCO-Welterbes Schloss Georgium (1. und 2. Bauabschnitt) und Einrichtung der neuen Dauerausstellung; Vorlage: DR/BV/074/2011/I-41

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:01:00

8.2 Kundenbefragung in der Anhaltischen Landesbücherei Dessau Vorlage: DR/BV/192/2011/I-41

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:01

8.3 Umbau des ehemaligen Kaufhauses Roßlau zur Stadtteilbibliothek Vorlage: DR/BV/061/2011/I-41

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:01:02

8.4 Stadt Dessau-Roßlau - Vermögenshaushalt Jahresrechnung 2010 Feststellung der zu bildenden bzw. zu übertragenden Haushaltsausgabenreste; Feststellung des Ergebnisses Vorlage: DR/BV/208/2011/II-20

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:01

8.5 Verwendungsbeschluss für Grabstellenforderung Vorlage: DR/BV/167/2011/II-EB

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

8.6 Grundstücksangelegenheit - Vermarktung des Objektes Waldbad Vorlage: DR/BV/185/2011/VI-80

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

8.7 Wirtschaftsförderungsangelegenheiten Satzung des Wirtschaftsbeirates der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/222/2011/VI-80

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

- 8.8 Beschluss über die Einleitung der Änderung des Bebauungsplans Nr. 101 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet I (A)" für den Teilbereich A1 mit dem Titel: Änderungsplan Nr. 101 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet I (A1) an der Polysiusstraße"**
Vorlage: DR/BV/163/2011/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

- 8.9 Teilnahme der Stadt Dessau-Roßlau am Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten 2010 - Projektergänzung lt. Bescheid SF - 10.16.05.001.73 vom 22.12.2010 und Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe im HHJ 2011**
Vorlage: DR/BV/206/2011/VI-61

Herr Beigeordneter Hantusch führte aus, aufgrund der Aktivitäten des Herrn Prof. Oswalt habe man bereits drei Mal über das Programm UNESCO-Welterbestättenförderung Geld akquirieren können. Insbesondere was das Besucher- und Ausstellungszentrum betrifft, habe man die Ausgabeseite offen gelassen, um sich nicht festlegen zu müssen, dass das Geld nur für das Besucherzentrum verwendet wird. Da man noch nicht wisse, ob das Geld kommt, sei man somit etwas freier in der Abfolge. Aufgrund dessen sei der Beschlusspunkt 4 eingefügt worden, so dass der Stadtrat, sobald feststeht, wie das Geld eingesetzt wird, noch einmal beteiligt wird und die Möglichkeit erhält, sein Votum abzugeben.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, legte dar, er habe im Bauausschuss die Ausreichung des Fördermittelbescheides 2009 gefordert, was bis heute nicht vorliegt. Dies werde sofort nachgeholt, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 32:00:06

- 8.10 Widmung öffentlicher Verkehrsflächen - Mohseichenweg, Nordmannring; Vorlage: DR/BV/162/2011/VI-66**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

- 8.11 Widmung öffentlicher Verkehrsflächen - Teilabschnitt Donaustraße**
Vorlage: DR/BV/158/2011/VI-66

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

8.12 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für den Winterdienst 2011; Vorlage: DR/BV/175/2011/VI-66

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

**8.13 Wiedervorlage - Bürgerhaushalt der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/182/2011/Linke**

Die Vorlage wurde seitens des Einreichers zurückgezogen.

**8.14 Modernisierung und Sanierung des Kornhauses
Vorlage: DR/BV/219/2011/CDU**

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf die Ergänzung des Beschlusstextes durch die CDU-Fraktion als Einreicher der Vorlage, welche allen Stadträten zu Beginn der Sitzung zugereicht wurde.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte, eine Realisierung des Vorhabens aufgrund objektiver Rahmenbedingungen sei vom zeitlichen Ablauf her nicht möglich. Positiv sei, dass die Diskussion im Hauptausschuss zur Einigkeit der Fraktionen geführt hat, dass es zu keinem Verkauf des Objektes kommt. Alle anderen Dinge seien abhängig von der denkmalpflegerischen und gutachterlichen Betrachtung sowie anderer Dinge mehr. Unklar sei bisher auch, wer der künftige Pächter sein wird.

Herr Kolze, CDU-Fraktion, legte dar, die vorliegende Überarbeitung resultiere aus den intensiven Beratungen im Hauptausschuss. Die Fraktion sei sehr wohl der Meinung, dass dieser Beschluss heute gefasst werden muss. Er erinnere an das anstehende Jubiläum ANHALT]800. Die Stadt könne sich nicht das Armutszeugnis geben, ein Kulturgut, wie das Kornhaus, in so einem Zustand zu lassen, wenn man ein solches Fest begehe. Deshalb bitte er um Zustimmung.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, führte aus, es sei wünschenswert, die Prüfung entsprechend der Beschlussvorlage durchzuführen. Es werde aber ein weiteres Problem gesehen. Die Stadt hatte im Vorfeld der Ausschreibung den bestehenden Pachtvertrag bereits gekündigt, d. h. man müsse damit rechnen, dass am 21.08.2011 das Kornhaus schließt und dann zumindest über einen Zeitraum von etwa einem halben Jahr leer steht. Das tue dem Gebäude nicht gut, denn die Stadt müsse die Heizkosten usw. in der Zeit selber tragen. Weiterhin sei es auch für die touristische Seite nicht günstig, wenn ein solcher Anlaufpunkt in dieser Stadt über eine längere Zeit nicht geöffnet ist. Aus diesen Gründen stelle er folgenden **Änderungsantrag: Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem derzeitigen Pächter eine Weiterführung des Pachtvertrages bis zum 01.01.2012 zu verhandeln.**

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkte, das von Herrn Bönecke dargestellte Anliegen habe seine Fraktion ebenfalls umgetrieben. Es werde als nötig angesehen, diesem Jubiläum nicht unbedingt mit einer Baustelle zu begegnen, so dass man vielleicht zu so einer Option komme. Es seien fachwissenschaftliche Aspekte zu betrach-

ten, wie die Vorbereitung und Realisierung der Sanierung des Objektes, einschließlich der konzeptionellen Umsetzung des noch nicht bekannten möglichen Nutzers. Insofern sei es besser, Klarheit darüber zu haben, wie das zukünftig aussehen soll und vorübergehend dem jetzigen Pächter den weiteren Betrieb zu erlauben. Damit falle das Objekt nicht brach und es komme zum Jubiläum nicht zu einer Schande für den Ort.

Wenn man das Haus bis zum 01.01.2012 offen halte, werde die Zeit für die Sanierung im kommenden Jahr noch knapper, gab **Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, zu bedenken. Für ihn sei wichtig, dass das Gebäude im April/Mai 2012 wieder offen ist, ansonsten mache man ANHALT|800 und blamiere sich. Deshalb sei es egal, ob das die IPG macht, es müsse nur zügig gehen. Dafür wolle er die beste Lösung vom Dezernenten wissen.

Seinen Vorredner unterstützend ergänzte **Herr Kolze, CDU-Fraktion**, man sei im Ausschreibungsverfahren schon sehr weit. Man könne kurzfristig zu einer Entscheidung kommen und es sollte nicht ohne Not weiter nach hinten hinausgeschoben werden. Spätestens im September werde man mit den ersten Maßnahmen beginnen können. Wenn sowohl Rat als auch Verwaltung an einem Strang ziehen, könne das gelingen.

Im September mit Maßnahmen zu beginnen sei unmöglich, entgegnete **Herr Bönecke**. Die Ausschreibungsergebnisse sind bis heute nicht durch die Ausschüsse. Der nächste reguläre Hauptausschuss findet Anfang September statt. Allerdings könne auch eine Sondersitzung durchgeführt werden, um sich für einen möglichen Pächter und dessen Konzept entscheiden zu können. Wenn dann die IPG die entsprechenden Maßnahmen realisieren soll, müssen sie trotzdem ausgeschrieben werden. Die Planung, Umsetzung und Nachplanung müsse ausgeschrieben werden. Nach Zwischenrede von Herrn Kolze fuhr Herr Bönecke fort, bis dahin könne alles vorbereitet sein. Wenn man dann mit den Ausschreibungen durch ist, sei der Pachtvertrag ausgelaufen, man habe das Haus längstmöglich offen gehalten und könne dann nahtlos aus den Ausschreibungen heraus starten, denn es sei nachteilig, das Objekt zu früh zu schließen. Vor Dezember/Januar sei man nicht in der Lage, bauseitig dort in dem Objekt nach dem jetzigen Zeitablauf etwas zu machen. Das dann jetzt schon zu schließen, halte er für touristisch und wirtschaftlich grob fahrlässig.

Frau Müller, SPD-Fraktion, brachte zum Ausdruck, zwischen den Meinungen von Herrn Kolze und Herrn Bönecke zu stehen. Sie fragte, ob für den Herbst an ein Provisorium für die Versorgung der Touristen gedacht wurde, wenn die Baumaßnahmen im September beginnen sollten.

Es gehe allen um die schnellstmögliche Sanierung des Kornhauses, was man nicht erst seit heute wisse, merkte **Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**, an. Die Finanzfrage sei nicht geklärt, es wurden keine Gelder eingestellt. Der schnellstmögliche Umbau sei unser aller Ziel, aber dazu sind einige Fragen zu klären, bspw. wo nehmen wir das Geld her, wo sind die Ausschreibungen, wann wird vergeben.

Gesetz ist der auslaufende Vertrag zum 31.08.2011, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Man habe Ergebnisse aus der erfolgten Ausschreibung. Bereits im Hauptausschuss habe man den Ablauf positiv besprochen. Es werde weiter verhandelt. Der jetzige Pächter habe im September noch die eine oder andere Veranstaltung. Man musste aber den Weg der Kündigung gehen, da sonst der Weg der Ausschreibung nicht mög-

lich gewesen wäre. Auch die Verwaltung wolle kein leeres Haus haben. Solange der jetzige Pächter das Objekt weiter betreibt, sollte man das so laufen lassen.

Es gebe zwei Varianten, entweder der neue Pächter übernimmt die Sanierung oder die Verwaltung. Er warne vor dem Termin 01.01.2012, denn dann sei dieser fix und man komme nicht mehr heraus. Wenn man einen guten Pächter findet, sollte mit ihm schnell verhandelt werden. Am 01.09.2011 werde zu diesem Thema eine gemeinsame Sonder-sitzung der Ausschüsse für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus und Kultur, Bildung und Sport stattfinden. Diese sollte man nutzen, dann wisse man auch, wie weit man mit der Auswahl ist.

Herr Trocha, CDU-Fraktion, verwies auf das Gesagte, dass die Ausschreibungen durch die IPG gehen müssten, Fristen haben usw. Im Beschlussvorschlag der Vorlage steht, wenn der künftige Pächter das selber übernimmt, sei er an die Fristen nicht gebunden und könne frei Hand vergeben. An Herrn Bönecke gewandt, merkte er an, der derzeitige Pächter sei teilweise der Verursacher des Zustandes im Kornhaus.

Die Frage des **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Exner**, ob es angesichts der Ausführungen von Herrn Hantusch bei dem Änderungsantrag bleiben soll, wurde von Herrn Bönecke bejaht.

Herr Oberbürgermeister Koschig äußerte rechtliche Bedenken, wenn man erst ab dem 01.01.2012 dem neuen Investor Zugang zum Objekt verschaffen kann. Im Hauptausschuss sei über den möglichen Bauablauf gesprochen worden. Wenn man den neuen Investor im September auf die Reise schickt, schaffe man es zur Eröffnung der Ausstellung Anhalt International, das Kornhaus wieder eröffnet zu haben, weil es ein ganz normaler Bauablauf wäre.

Auf die Frage von Frau Müller eingehend legte Herr Koschig dar, wenn er der neue Pächter wäre, würde er sofort das Rondell pachten, einen Pavillon hinstellen und die Versorgung absichern, was der bisherige Pächter jedoch bereits 2 Mal abgelehnt habe. Über die Sommerpause werde ein Vorschlag zum künftigen Pächter unterbreitet und in der ersten turnusmäßigen Sitzung des Wirtschaftsausschusses oder des Kulturausschusses, oder beide gemeinsam, mit den Stadträten besprochen.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erwiderte, er sehe das Problem von Herrn Koschig nicht. Der Änderungsantrag besage, sie sollen das verhandeln. Man wolle nur gewährleistet wissen, dass das Objekt solange wie möglich offengehalten wird, was er als Beschlusslage erzeugt wissen wolle.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, erklärte an Herrn Bönecke gewandt, die Beschlussvorlage sehe vor, eine Weiterführung bis zum 01.01.2012 zu verhandeln. Wenn der Oberbürgermeister das verhandelt und der Pächter sagt zu, bis zum 01.01.2012 weiter zu machen, sei man bis zum 01.01.2012 handlungsunfähig, was Veränderungen im Objekt angeht.

Herr Beigeordneter Hantusch bemerkte, er würde nicht den 01.01.2012 hineinschreiben, sondern „solange wie möglich“, unter der Voraussetzung, dass das einem möglichen neuen Investor nicht zuwider läuft. Diesem Vorschlag würde man folgen, erwiderte **Herr Bönecke**.

Die Intention sei bei der Verwaltung und den Stadträten klar, stellte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, fest. Man sollte soviel Vertrauen in die Verwaltung haben, dass das funktioniert.

Der neu formulierte **Änderungsantrag** „Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem derzeitigen Pächter eine Weiterführung des Pachtvertrages zu verhandeln, solange dies ohne Behinderung der Sanierung eines neuen Pächters möglich ist“ wurde mehrheitlich **angenommen** (19:15:04).

Die Vorlage wurde geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33:00:05

8.15 Öffnung des Parks Schloss Mosigkau

Vorlage: DR/BV/220/2011/CDU

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, bemerkte, man habe es mit einem Ensemble zu tun, welches zum Weltkulturerbe gehört und vom Landesprojekt Gartenträume als eines der letzten weitgehend erhaltenen Rokokoensembles Mitteldeutschlands bezeichnet wird. D. h. man habe dort eine sehr exponierte Situation. Ursprünglich war der Park so angelegt, dass er nur 2 Zugänge hatte, einmal an der Westseite und einmal an der Südseite. Die Tore, die sich nach Norden und Osten hin öffnen, waren erst zu einem späteren Zeitpunkt im 19. bzw. 20. Jahrhundert dazu gekommen. Die Parkanlage hat viele Elemente aus der Barockzeit oder aus der Rokokozeit und ist im Denkmalrahmenplan als besonders erhaltenswert hervorgehoben worden.

Ein Gartenmeister und vier halbtagsbeschäftigte Mitarbeiterinnen haben nicht nur die Aufgabe den Park zu pflegen, sondern ihn auch zu rekonstruieren und in eine Ursprünglichkeit zurückzuführen, die diese Anlage ehemals hatte. Diese Gruppe von Mitarbeitern leistet eine große Fleißarbeit. An dieser Stelle müsse eine Entwicklung stattfinden, damit dieser Prozess gedeihen kann und die Durchgängigkeit des Parks, alle vier Tore zu öffnen, lassen dort eine Reflektion zu, die nicht mehr diesem Pflegeaufwand gerecht wird.

Es bestehe Anlass an dieser Stelle so zu diskutieren, dass wir auch diesen Park in seiner Ursprünglichkeit noch erleben wollen und müssen. Es ist ein besonderes touristisches Highlight. D. h. die Besonderheit des Barockparks sei auch die Abgeschlossenheit und die gewisse Anonymität, die man dort drin erlebt. Das sei auch das besondere Herausstellungsmerkmal, was man mit diesem Park habe. Deshalb wolle er dafür werben, dass man sich diesen Ort als Bürger der Stadt und auch als Rat ganz besonders annimmt und sich der Besonderheit bewusst ist. Es sei nicht mit einer kommunalen Grünanlage der Stadt vergleichbar, sondern ein kulturhistorisch wichtiges Element. Er warb dafür, die Besonderheit des Parks herauszustellen und sich der Tradition des Parks bewusst zu sein. Zu DDR-Zeiten war dieser Park geöffnet und all die Jahre zuvor war er nur eingeschränkt nutzbar. Seit 2000 ist der Park wieder nur von einer Seite zu begehen. Er plädiere für die Rücknahme der Vorlage, denn man sollte akzeptieren, dass man es mit einem ganz besonderen kulturhistorischen und gartenkunstwichtigen Objekt zu tun habe.

Frau Dammann, FDP-Fraktion, legte dar, die Mosigkauer kämpfen seit Jahren um die Öffnung des Parks. Es war immer üblich, dass alle Mosigkauer und Gäste durch den Park gehen konnten. Man verärgere die Gäste, da sie vor verschlossenen Parktüren stehen und oft den Eingang gar nicht finden. Im Ortschaftsrat kämpfe man seit Jahren darum, dass diesbezüglich etwas passiert. Es sei ungerecht, dass der Park geschlossen ist, denn unser Fürst wollte immer, dass alle Leute seine Parks besuchen. Wörlitz ist auch von vorn bis hinten offen. Sie bat um Zustimmung zur Öffnung des Parks.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, merkte an, zum historischen Bezug der Zugänglichkeit der örtlichen Parks und Gärten könne Herr Koschig ausführlich mit einem Irrtum aufräumen. Die Fraktion habe aber das Problem, dass das ein Konfliktfall zwischen Ortschaftsrat, bzw. den Bürgern des Ortes und der Stiftung ist. Aus seiner Sicht sei die Art der gegenwärtigen Konfrontation kein Zustand, der so bleiben kann. Man könne eine relativ unglückliche Regelung nicht durch ein weiteres Dogma ersetzen. Es wäre gut, wenn Stiftung und Ortschaftsrat, vielleicht in Begleitung einiger Stadträte, zu einer Regelung finden, um das Besondere zu pflegen. Er unterstütze das Anliegen grundsätzlich, aber er würde einen anderen Weg beschreiten.

Herr Kolze, CDU-Fraktion, warb dafür, gemeinsam eine Möglichkeit zu finden, die Tore des Schlosses in Mosigkau zu öffnen. Es sei ein jahrelanges Anliegen der Bürgerinnen und Bürger von Mosigkau. Im letzten Jahr war man gemeinsam mit dem Ortsbürgermeister bei Herrn Dr. Weiß und habe sich auch ein ganzes Stück angenähert bis dahin, dass man den Vorschlag unterbreitet hat, das gemeinsam mit der DABS gestalten zu können. Das Problem war, dass es Anfang der 90er Jahre in der Tat Zerstörungen gegeben hat und aufgrund dessen habe Herr Dr. Weiß die Schließung der Tore verfügt. Mit einer gewissen Präsenz von Personal vor Ort könne man dem entgegenwirken. Diesbezüglich könne gemeinsam an einer Lösung gearbeitet werden. An Herrn Hartmann gewandt erklärte Herr Kolze, es erschließe sich ihm nicht, wie man eine Besonderheit herausstellen kann, in dem man sie verschließe. Ihm sei auch die Meinung der Mosigkauer wichtig, die in vielen seiner Sprechstunden vorstellig geworden sind. Man arbeite an diesem Thema 2 Jahre und es bewege sich nichts. Aus diesem Grunde habe man mit dem Beschluss auch die Öffentlichkeit gesucht und wolle den Oberbürgermeister bitten, vermittelnd bei Herrn Dr. Weiß zu unterstützen.

Es werde der Eindruck erweckt, dass dieser Park geschlossen sei, was nicht wahr ist, stellte **Herr Hartmann, SPD-Fraktion,** dar. Der Park sei täglich kostenfrei von morgens bis abends geöffnet und für jeden Besucher zugänglich. Das einzige, was sich in den letzten 10 Jahren verändert hat, sei, dass die Seitentore auf der Ost- und Nordseite sowie das Südtor verschlossen sind. Der reguläre Eingang sei von Westen her und nach wie vor geöffnet.

Herr Oberbürgermeister Koschig verwies darauf, dass der Schlosspark Mosigkau keine öffentliche Fläche, sondern Bestandteil des Schlosskomplexes ist und nicht vom Fürsten Franz hergestellt war, sondern schon bestand. Aufgrund seiner Aufgabe war er geschlossen und nicht durchgängig, was später anders wurde. Bezüglich der Öffnung Einfluss auf die Kulturstiftung zu nehmen, sei ein schwer umzusetzender Handlungsauftrag. Man sei seit langem im Gespräch mit der Kulturstiftung und dabei, ihr Angebote zu unterbreiten. Bei der letzten Trägerversammlung im Jobcenter wurde die Möglichkeit des Einsatzes der Bürgerarbeit besprochen, um weiterhin für freie Träger und andere Institutionen Möglichkeiten zu eröffnen. Hier wurde explizit auch der Schlosspark Mo-

sigkau ins Gespräch gebracht. Zu Recht sagt die Stiftung, dass ohne Betreuung der Park wieder zerfahren werde. Das von Herrn Hartmann Gesagte, würde dann möglicherweise infrage gestellt werden.

In 4 Ortschaften werde daran gearbeitet, sogenannte Sicherheitsbeauftragte über AGH-Maßnahmen zu kreieren, die an bestimmten Schwerpunkten in der Stadt als Ansprechpartner für die Bürger im Gespräch sind, berichtete Herr Koschig. Hier habe man das Anliegen des Ortschaftsrates Mosigkau aufgegriffen. Frau Dammann hat den Wunsch auch noch einmal klar kommentiert, den Park mehr zu öffnen, durchgängiger zu machen und 2 Sicherheitsbeauftragte für die Ortschaft Mosigkau zu schaffen. Möglicherweise könne man im September mit der Maßnahme beginnen. So können, wenn die Kulturstiftung diesen Weg mitgeht, durchaus die Voraussetzungen für eine Öffnung geschaffen werden. Trotzdem bleibt es eine Entscheidung der Kulturstiftung, wie sie mit dem Schlosspark umgeht, denn sie habe letztendlich die Verantwortung, auch für die einfließenden Steuermittel, für die Rekonstruktion des Parkes und für die hochwertigen Anlagen. Im gesamten Gartenreich sind enorme Vandalismusschäden zu verbuchen, was zu Lasten des Stiftungshaushaltes gehe. Der Haushalt der Kulturstiftung sei mehr als auf Kante genäht. Herr Dr. Weiß hat in der letzten Stiftungsratssitzung einen Mehrbedarf von über 1 Mio. € angemeldet, was natürlich außerhalb jeder Realität sei. Wenn wir unser Dessau-Wörlitzer-Gartenreich so unterhalten wollen, wie wir es gegenüber dem Welterbe verantwortlich sind, müssten wir einen über 1 Mio. € höheren Etat haben. Insofern sei alles, was den Zustand beeinträchtigen kann, sehr sorgfältig zu betrachten. Deshalb schließe er sich den mahnenden Worten von Herrn Hartmann an. Man versuche jetzt, das unter einem Hut zu bringen.

Frau Dammann, FDP-Fraktion, legte dar, wenn man einmal diesen langen Garten heruntergegangen ist, stehe man wie vor einem Käfig. Viele Gäste wissen das nicht und müssen diesen langen Weg wieder zurück gehen. Es werde auch nicht informiert, dass dort am Ende Schluss ist. Die Gäste, die diesen Park besuchen, haben keine Möglichkeit, nach Mosigkau zu gehen, denn sie fahren gleich wieder weg, weil alles dicht ist. Man suche immer den Weg zur Stiftung und bemühe sich, nicht unvorteilhaft zusammen zu arbeiten.

Herr Otto, Faktion Pro Dessau-Roßlau, erklärte, Herr OB Koschig habe die Situation unpassend beschrieben. Es handele sich um einen Verhandlungsauftrag, weshalb man den Beschluss so fassen sollte, um vielleicht doch eine Lösung für die Öffnungszeiten des Museums zu finden. Zu anderen Zeiten könnte der Park geschlossen sein, wofür er auch noch Verständnis haben könne. Der Vandalismus habe in der Nacht stattgefunden und nicht am Tage. Es sei ein anderes Erleben, wenn man den Park von der Orangerie her beschreitet und auf das Schloss zugeht, als wenn man vom Innenhof kommt. Er war gerade mit 38 Leuten dort, in der Hoffnung durchgehen zu können. Man müsse aber hinten herum, was alle bedauern. Wenn man diese Tür mit einer elektrischen Schließeinrichtung versieht, diese also gar nicht offen steht, verleite es auch nicht zum Durchfahren. Mit etwas gutem Willen lasse sich vielleicht eine Lösung finden, was aber nicht unsere Entscheidung sei. Man könne den Oberbürgermeister bitten, das mit dem Rückenwind des Stadtrates noch einmal zu verhandeln.

Herr Ehm, CDU-Fraktion, griff die Ausführungen von Herrn Hartmann zu den baulichen Anlagen auf und bemerkte, wenn der Schöpfer dieser Anlage gewollt hätte, dass sie dauerhaft geschlossen ist, hätte er Mauern durchgezogen. Hier sind aber Tore ein-

gebaut worden. Diese sind dazu da, dass sie zeitweise aufgemacht oder zeitweise zugemacht werden. Genau das sei das Anliegen. Wenn der Souverän dieser Stadt, der Stadtrat, der Stiftung nahe legt im Sinne der Einwohner und vieler Besucher zu handeln, dann soll es dem Oberbürgermeister bei den Gesprächen nur helfen. In diesem Sinne bitte er um Zustimmung zur Vorlage.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 34:03:01

8.16 Budget der Ortschaften im Vermögenshaushalt

Vorlage: DR/BV/231/2011/CDU

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bat den Einreicher, im Detail die Organisationsform der möglichen Vorgehensweise darzustellen. In der gemeinsamen Beratung der Ortschaftsräte war signalisiert worden, dass es um die Sicherung des traditionellen Etats im Rahmen von Investitionen geht. Die jetzige Lesart zur Verwaltung des Etats sei so zu verstehen, dass es zur Ausreichung dieser Mittel der Verwaltungsstelle Rodleben bedarf. Er fragte, wie der Vorgang stattfinden soll, damit es am Ende so gerecht zugeht, wie bisher.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, befürwortete grundsätzlich den Ansatz, eine höhere Handlungsflexibilität der Ortschaftsräte zu erreichen. Er hätte sich aber gewünscht, dass in irgendeiner Form aufgenommen wird, wie der Ablauf und das Gremium organisiert sein soll. Es könne nicht funktionieren, dass einmal im Jahr die Ortschaftsräte in der losen Versammlung zusammen kommen und es untereinander ausgefochten wird. Im Nachhinein beklagt sich dann Mildensee, dass sie zu wenig bekommen haben. D. h. an dieser Stelle müsse ein Reglement geschaffen werden, wie die Ortschaftsräte oder Ortsbürgermeister zu verfahren haben. Ansonsten sei das Anliegen in Ordnung.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, erklärte, in der Beratung im Haupt- und Personalausschuss wurde vereinbart, dass der Grundtext noch einmal überarbeitet und mit dem Finanzdezernat abgestimmt werden soll, damit es verfahrensrechtlich sauber und haushalterisch abgerechnet werden kann. Er bat Frau Nußbeck um Bestätigung, dass so ein Text jetzt vorliegt. Im Wesentlichen stehe in der Vorlage, dass die Begleitung der Umsetzung der Maßnahmen bei den entsprechenden Fachämtern bleibt, was ein Anliegen in der Sitzung war. In der Haupt- und Personalausschusssitzung wurde auch gesagt, dass der Streit nicht zwischen den Ortschaften besteht. Die Schwierigkeit besteht nach dem bisherigen Verfahren tatsächlich darin, dass das was geplant war, auch umgesetzt und gesichert wird. Er halte es vom Grundsatz her für ein wichtiges Verfahren, zumal die großen Brocken nicht aus dem bisherigen Ortschaftsratstopf, sondern aus den nordelbischen Gebieten kommen. Wenn diese dem Verfahren zustimmen, dass von der örtlichen Verwaltung Rodleben federführend und in Zusammenarbeit mit den Fachämtern das betrieben wird, sei das ein gangbarer Weg.

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, verwies auf die ausführliche Darstellung in der Vorlage. Die Vorlage sehe anders aus, als im Hauptausschuss eingereicht, der Inhalt sei aber gleich. Die vorliegende Beschlussvorlage ist mit dem Finanzdezernat abgestimmt und bezieht sich im Prinzip auf die 400 T€, die bisher auch in den Budgets der Ortschaften

Rodlehen, Brambach bzw. im südelbischen Teil zur Verfügung standen. Das Novum sei, dass das Budget gegenseitig deckungsfähig gemacht werden soll. Was in einem Budget nicht verbraucht wird, könne in einem anderen Budget mit eingeplant werden und dies schon bei der Haushaltsplanung. Zur Umsetzung wolle er die Angst davor nehmen, dass explizit die örtliche Verwaltung als mittelbewirtschaftende Stelle in der Vorlage stehe.

Der Ansatzpunkt der Beschlussvorlage im Haupt- und Personalausschuss war, die örtliche Verwaltung und das Amt 12 für Gebietsangelegenheiten, gleichzeitig einzusetzen und gegenseitig deckungsfähig zu machen. Damit hatte die Finanzdezernentin Frau Nußbeck Schwierigkeiten, da es nur eine mittelbewirtschaftende Stelle sein darf oder soll, um es im Haushalt richtig abzubilden. Deshalb habe man sich auf die örtliche Verwaltung geeinigt. Herr Rumpf sehe keine Schwierigkeiten und keinen Spielraum, Tricks durchzuführen, dass man Finanzmittel, die erst zur Verfügung gestellt werden, über die Mittelbewirtschaftung wieder abziehen kann, weil es im Haushaltsplan festgelegt ist und jeder nachsehen kann.

Zur Festlegung der Abarbeitung stehe im Punkt 3, dass sich die Ortsbürgermeister im Rahmen der Sitzungen der Ortsbürgermeister darüber einigen. Dieses Verfahren wurde bisher gehandhabt bei den Mitteln, die im südlichen Teil zur Verfügung standen. Hier gab es auch einen Termin, an dem sich das Gremium darüber verständigen musste, welche Maßnahmen durchgeführt werden sollen. Das brauche man nicht explizit in dem Beschlussvorschlag ändern, sondern der Stadtrat müsste, wenn es gewünscht wird, das in die Geschäftsordnung einfügen, aber es wäre dann die praktische Umsetzung.

Mit dieser Vorlage wolle man Neuland beschreiten, bemerkte **Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen**. Es wäre das erste Mal, dass es für alle Ortschaften ein bestimmtes Budget gibt, welches den Ortschaften zur Verfügung gestellt wird für Investitionsmaßnahmen in diesen Ortschaften. Über das Verfahren wäre noch zu reden. Es gebe Vor- und Nachteile. Vorteile sehe sie darin, dass man erstmalig auf diesem Weg zu einer Gleichbehandlung der Ortschaften komme, weil diese Ortschaften dann ihre eigene Prioritätenliste aufstellen müssen. Sie müssen eine Prioritätenliste der Ortschaften beschließen, weil sich daraus ein Investitionsplan für die nächsten Jahre entwickeln muss. Nicht alle Wünsche werden in einem Jahr erfüllt werden können, aber man werde sich in einem Gremium auf eine Rang- und Reihenfolge einigen müssen. Dazu sei es auch erforderlich, dass definiert wird, welche Investitionen dort hineingehören, was bei den wenigen Haushaltsmitteln nicht nur die Grillplätze in den Ortschaften sein können. Ihr Anliegen wäre, klar zu sagen, welche Investitionen es sein sollen, denn man mache in den Ortschaften nicht das, was bisher in den 46 T€ drin war, aber schon Schulen, Kindergärten und Straßen. Deshalb müsse man abgrenzen, was soll drin sein und was nicht. Ein positiver Effekt sei also die Gleichbehandlung der Ortschaften.

Auch positiv sei, dass man über diesen Weg mit der Bürgerbeteiligung beginnen könne, in den jeweiligen Ortschaften als allererstes mit den Bürgern den Investitionshaushalt in der Ortschaft zu diskutieren, denn es gebe einen abgegrenzten Zuständigkeitsbereich. Das Budgetrecht bleibe am Ende beim Stadtrat, was allen klar sein müsse. Erst mit dem Beschluss über den Haushalt ist auch der Vermögenshaushalt beschlossen und der Stadtrat habe am Ende immer noch das Recht, andere Prioritäten zu setzen.

Zu bedenken gab Frau Nußbeck die Höhe des Budgets. Man habe in 2009 Investitionshilfen in den Vereinbarungen geschlossen für die 8 Ortschaften, Rodleben und Brambach von 396 T€. In 2011 haben wir von den Investitionshilfen, die uns für 2009 zur Verfügung standen nur noch 39,39 %, also nur noch etwas über ein Drittel zur Verfügung. Wir hatten einmal über 11 Mio. € und sind jetzt bei 4,3 Mio. €. Wenn man den Vergleich zu 2005 macht, sind es 47 %. Das sind beides Beträge unter 200 T€, 47 % entsprechen etwa 186 T€ und 39 % entsprechen ca. 156 T€. Sie gab zu bedenken, bei dem Budget auch die Entwicklung der Investitionshilfen zu berücksichtigen.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, stellte die Frage, ab wann die Beträge zugewilligt werden sollen. Er habe jetzt dazu geschrieben **ab 2012**, was sein 1. **Änderungsantrag** sei, um an der Stelle Klarheit zu haben. Zur Verfahrensweise stellte er weiterhin den **Änderungsantrag**: „**Bis zum 31.10.2011 ist hierzu von den Ortschaftsräten eine Satzung/Geschäftsordnung zur Verfahrensweise vorzulegen. Die Umsetzung der Ziffern 1-3 ist hiervon abhängig zu machen.**“

Man rede von Bürokratieabbau, weil man auch Personal abbauen und Dinge vereinfachen wolle, bemerkte **Herr Ehm, CDU-Fraktion**. Es solle hingenommen werden, wenn sich die 15 Ortsbürgermeister untereinander einig sind, dass es so geht.

Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke, legte dar, froh über diese Entwicklung zu sein, solche Dinge zu ermöglichen. Dafür bedanke er sich, da man über Jahre ein Stück weit gekämpft habe, denn die erste Ortschaftsverfassung sah vor, dass man ausschließlich gehört werden konnte. Inzwischen entwickeln sich Dinge, wo man Etats gestalten kann, was eine schöne Geschichte sei. Aus der Situation heraus ergebe sich die Frage nach einer möglichen Umgestaltung des Amtes 12 bezüglich der Betreuung der Ortschaften. Gibt es zukünftig möglicherweise kein Amt 12 oder etwas Ähnliches mehr und stellt die Verwaltung Rodleben einen Ersatz dar?

Dazu gebe es bis heute keine strategischen Überlegungen, erwiderte **Frau Beigeordnete Nußbeck**. Allerdings werde man im Amt 12 erhebliche personelle Abgänge haben. In der Örtlichen Verwaltung wird bereits ein Budget verwaltet. Ausgangslage sei, dass es nur ein Amt geben kann, es kann nicht Amt 12 und Amt 16 sein, deshalb hat man sich für diese Variante entschieden, ohne jetzt einer Strukturentwicklung vorgreifen zu wollen.

Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion, verwies auf die Zustimmung seiner Fraktion. Die Ungerechtigkeit bei der Versorgung durch die Maßnahmen im Vermögenshaushalt sei zwar historisch gewachsen, dürfe aber nicht so bleiben. Er sehe das größte Problem im Punkt 3, dass die Reihenfolge der umzusetzenden Projekte die Ortsbürgermeister gemeinschaftlich aushandeln müssen. Das wäre zu schaffen und müsse zugetraut werden. Die Situation sei besser als vorher. Man müsse auch auf die Zahlen sehen. Die 250 T€ seien aus dem Gebietsänderungsvertrag und gehören nur zu Rodleben. Die 100 T€ seien nur für Brambach und die 49 T€ seien der Rest. Mit dieser Vorlage bestehe die Möglichkeit, das Geld etwas umzuverteilen. Diesen Punkt solle man versuchen, damit die anderen auch einmal drankommen, denn in Rodleben könne auch nicht jedes Jahr für 250 T € etwas neu gemacht werden. Wenn die anderen Ortschaften dann auch etwas davon haben, begrüße er das.

Herr Rumpf erklärte im Namen der **CDU-Fraktion**, als Einreicher der Vorlage die von Herrn Bönecke vorgetragene **Änderung aufzunehmen**. Der Punkt 1 laute somit: Der Stadtrat billigt den Ortsteilen **ab 2012** im Vermögenshaushalt ein jährliches Budget in Höhe von 400 T€ für Investitionen zur Ortsbildverbesserung zu.“

Zur Höhe des Budgets, wie Frau Nußbeck ausgeführt hat, habe er sich auch die Zahlen herausuchen lassen. Es sei gut wenn man es so darstellen will, dass man das Jahr 2009 nimmt, wo 11 Mio. € an Finanzhilfen kamen. Aber 2007 waren es 9 Mio €, 2008 10,8 Mio. €, im Jahr 2009 waren es 11 Mio. €, 2010 5,3 Mio. €, 2011 sind es 4,3 Mio. €. An dieser Stelle erhob **Frau Nußbeck** den Einwurf, dass Herr Rumpf die Investitionshilfen von Roßlau vergessen habe.

Es sei klar, dass die Zahlen zurückgegangen sind, führte **Herr Rumpf** weiter aus. Diesen Zahlen wolle er andere Zahlen gegenüberstellen. Roßlau werde in der Vorlage mit als Stadtkern der Doppelstadt gesehen. Wenn die Einwohnerzahlen der Ortschaften den Einwohnerzahlen im innerstädtischen Bereich gegenübergestellt werden, komme man im Schnitt über die Jahre von 2007 bis 2011 auf 20 bis 21 % der Bevölkerung, die in den Ortsteilen lebt. Wenn die 400 T€ ins Verhältnis gesetzt werden zu den Investitionshilfen, seien es 10 % gegenüber den 20 %. 10 % für die Randbereiche und 90 % für den Stadtkern seien nicht zu viel. Es sei ein vernünftiges Maß, womit man umgehen kann. Deshalb würde er an der Höhe von 400 T€ nichts ändern wollen. Er verwies darauf, dass Rodleben aus seinem Budget Mittel zur Verfügung stellte, die in den letzten 2 Jahren zur Konsolidierung genommen wurden. In Zukunft würden die nicht ausgeschöpften Mittel den anderen Ortschaften zugute kommen. Das sei der Grund für diese Beschlussvorlage.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte fest, dass das Ende der Debatte beantragt wurde.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, legte dar, die Fraktion begrüße grundsätzlich das Vorgehen. Dass die beiden Ortschaftsräte Brambach und Rodleben sich solidarisch zeigen, sei eine tolle Entwicklung. Herrn Bönecke ging es mit dem Antrag darum, dass heute der Grundsatzbeschluss gefasst wird, aber noch ein Procedere zwischen den Ortsbürgermeistern und der Verwaltung festgelegt wird, wie man zu einer einvernehmlichen Lösung kommt, die dann dem Stadtrat vorgelegt wird. Zu der von Frau Nußbeck angesprochenen Höhe führte er aus, wenn die Haushaltssituation dramatisch bleibt und noch dramatischer wird, weil das Land den Kommunen weitere Mio. € wegnimmt, werde man sich über diese Zahlen insgesamt unterhalten müssen. Heute sollte der festgeschriebene Betrag beschlossen werden.

Frau Andrich, Fraktion Die Linke, merkte an, es werde von 400 T€ gesprochen. Herr Rumpf habe formuliert, dass das, was aus seinem Bereich nicht ausgeschöpft wird, allen Ortschaften zur Verfügung steht. Sie dachte aber, dass das gerecht zwischen den Ortschaften entsprechend den Prioritäten verteilt wird. Herr Rumpf habe aber gesagt, was vom Etat Rodleben und Brambach übrig bleibt, könne noch verteilt werden. Sie fragte, ob das richtig sei.

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, erwiderte, man könne sagen, man lehne die Vorlage ab und mache weiter wie bisher. Das wäre der Status quo. Durch den Gebietsänderungsvertrag seien gewisse Mittel zugesichert worden. Wie man damit umgeht, sei es eine

andere Geschichte. Er bittet um Vertrauen, wenn man sagt, man stellt diese Mittel für die Ortschaften zur Verfügung, dass dies auch so ist. Ansonsten würde der Beschlussvorschlag heute nicht vorliegen und die Mittel weiter der Stadt zur Haushaltskonsolidierung zur Verfügung gestellt.

Herr Rumpf zitierte aus einem Artikel der MZ vom 25.6.11 unter der Überschrift „Ein gutes Zeichen“: „Ja, es gibt deutliche Unterschiede bei der Finanzierung der Ortschaften. Während die einen nach der Anzahl der Einwohner Geld bekommen, haben andere eine Summe, die vor Jahren mit den Gebietsänderungsverträgen ausgehandelt wurde. Das war damals politisch so gewollt. Dass die Bürger der Ortschaften neidisch gucken, die nicht die Möglichkeit hatten, einen eigenen Vertrag auszuhandeln, müsse die Politik aushalten. Wenn dann die Ortschaften aufeinander zugehen und sich gegenseitig unterstützen wollen, ist das ein lobenswertes Zeichen, eines, das die Politik wahrnehmen und aufgreifen soll, um mit der Verwaltung einen Weg zu finden, dieses solidarische Verhalten zu unterstützen. Schließlich profitieren alle von einem solchen Vorgehen, die Räte, die Verwaltung, die Ortschaften, die gesamte Stadt.“

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner**, stellte das Ende der Rednerliste fest. Er verwies darauf, dass der Einreicher der Beschlussvorlage den Antrag auf Ergänzung der Jahresangabe „ab 2012“ übernommen hat. Der Punkt 1 des Beschlussvorschlages lautet nunmehr: Der Stadtrat billigt den Ortsteilen **ab 2012** im Vermögenshaushalt ein jährliches Budget in Höhe von 400 T€ für Investitionen zur Ortsbildverbesserung zu.

Die Abstimmung zum **Änderungsantrag** „Bis zum 31.10.2011 ist hierzu von den Ortschaftsräten eine Satzung/Geschäftsordnung zur Verfahrensweise vorzulegen. Die Umsetzung der Ziffern 1-3 ist hiervon abhängig zu machen“ ergab mehrheitliche **Ablehnung** (08:24:06).

Vor der Abstimmung zur Vorlage selbst gab **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, eine persönliche Erklärung ab. Er legte dar, er könne einer Vorlage nicht zustimmen, die Mittel aus dem Vermögenshaushalt freigeben soll, ohne dass ein Prozedere geregelt ist. Deshalb, auch wenn er glaube, dass sich die Ortschaftsräte dazu verständigen können, brauche man ein legitimes Organ, welches über die Mittel im Vorfeld des Stadtrates befindet. Die Versammlung der Ortsbürgermeister sei weder in der Hauptsatzung und Geschäftsordnung des Stadtrates, noch in der Gemeindeordnung geregelt. Deshalb könne er der Vorlage nicht zustimmen.

Die Vorlage wurde geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:02

8.17 Schutz der Siedlungsgebiete in Dessau-Roßlau vor ansteigendem Grundwasser; Vorlage: DR/BV/232/2011/PDR

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erläuterte als Einreicher der Vorlage, Ansatz für die Vorlage war die Diskussion im vorletzten Bauausschuss zur Grundwasserproblematik im gesamten Stadtgebiet. Man musste daraus erkennen, dass es die Stadt weder wirtschaftlich, planerisch noch ausführungsseitig allein regeln kann, diese Maßnahmen zu treffen. Es können zwar Gräben gezogen und Prunkwerke gebaut werden, aber es müssen zwingend immer die umliegenden Landkreise bzw. die Verbände

mit einbezogen werden. Das allein zu machen, übersteige die Kraft unserer Verwaltung. Deshalb bedarf es der Initiative der Stadt, damit das Land auch stadtübergreifend tätig wird. Auch wenn er weiß, dass es bereits Bemühungen im Landtag dazu gibt, sollte Dessau hier vorangehen, denn man liege in massiv betroffenen Siedlungsgebieten, die schon geotechnisch betroffen sind. Deshalb müsse man hier eine Vorreiterrolle oder den Vorstoß an das Land übernehmen, um nachher nicht hintenan zu stehen.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke und stellv. Vorsitzender des Stadtrates, bemerkte, es hätte dieser Beschlussfassung, um so etwas zu bitten, vielleicht gar nicht bedurft, denn man sei inzwischen schon deutlich weiter. In der Mai-Sitzung des Landtages gab es 2 Anträge, die sich mit der nachhaltigen Lösung des Grundwasserproblems beschäftigten. Die Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss für Umwelt lautet, sich für eine zeitweilige Ausschusslösung zu entscheiden. Er signalisierte, sich in diesem Ausschuss für die Stadt zu engagieren.

Dieses Thema stehe morgen auf der Tagesordnung des Landtages und der zeitweilige Ausschuss soll durch den Landtag beschlossen werden, ergänzte **Herr Kolze, CDU-Fraktion**. Darüber hinaus haben sich auch schon regionale Arbeitsgruppen dieser Thematik explizit seit Ende Februar/März angenommen. Man erwarte im August die ersten Ergebnisse, die regionalgenau die Problematik aufgreifen und für entsprechende Lösungsvorschläge sorgen werden. Das Land habe die Verantwortung, den Kommunen Unterstützung bei diesen finanzaufwendigen Unternehmungen zu geben. Man habe sich deshalb für den zeitweiligen Ausschuss entschieden, weil die Möglichkeit besteht, Innen- und Finanzpolitiker, also nicht nur Umweltpolitiker, in diesem Ausschuss zu haben, denn es werde am Ende um Geld gehen. Von Anfang an die Fachpolitiker in diesem Ausschuss zu haben, könne dazu beitragen, dass alles ein bisschen schneller geht.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies auf die existierenden Arbeitsgruppen auf Kreisebene, denen er über den Bauernverband angehöre und deshalb auch die Situation im Land kenne. Es werde keine flächendeckende Lösung geben, da es nicht zu finanzieren sei. Den Leuten solle nicht vorgemacht werden, dass die gesamte Grundwasserproblematik zu lösen ist, denn es sei ein multifunktionales Problem. Durch Schöpfwerke und Grabenpflege sei vielleicht eine Teillösung möglich.

Durch die Vorlage erhält die Verwaltung Unterstützung, bemerkte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Er sei aber auch auf der Seite von Herrn Dr. Weber. Wenn man das Geschehen der letzten Monate betrachte, in dem das Land u. a. überlegt, den Kommunen 100 Mio. € nicht mehr zu geben, sollte man skeptisch sein. Man habe gegenüber den Bürgern auch eine Verantwortung und sollte nicht Erwartungen wecken, die man nicht einhalten kann. Die Verwaltung sei gut aufgestellt und habe ein Gutachten, was viele im Land nicht haben. Über die Arbeitsgruppen habe man einen Fahrplan bekommen, so dass man sich insbesondere im Bereich von Pilotprojekten einbringen werde, um an der einen oder anderen Stelle vom Land unterstützt zu werden. Eine breite Unterstützung wäre klasse, aber man gehe realistisch an diese Sache heran. Insofern begrüße er den Beschlussantrag.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

Der öffentliche Teil wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

11. Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner, schloss die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 22.09.11

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

Hösel
Schriftführerin